

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1931

18.7.1931 (No. 165)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher-
Straße Nr. 14
Bismarck-
Platz
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
I. B.
G. A. Seyfried
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 2,25 RM. einschl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf.; Samstags 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Zehntel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariflicher Rabatt, der als Kassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antikliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruher-Str. 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern besprochen. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Vertretung und Kontroversverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Insident keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung Badischer Staatsanzeiger: und es wird keinerlei Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Volksbildungsblätter, Antikliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtages.

Amtlicher Teil

Verlängerung des Versammlungsverbots

Nachdem sich gezeigt hat, daß die öffentliche politische Versammlungstätigkeit nicht eingeschränkt wird, hat der Minister des Innern, um zu verhindern, daß durch agitatorische Erörterung der gegenwärtigen Lage die öffentliche Ruhe und Sicherheit gestört wird, die Polizeibehörden angewiesen, öffentliche politische Versammlungen, die den augenblicklichen Krisenverhältnissen gelten, oder in denen ihre Erörterung zu erwarten steht, weiterhin bis zum 27. Juli einschließlich zu verbieten.

Die Pariser Zusammenkunft Um die französischen Bedingungen

Die deutschen Staatsmänner, der Reichszankler und der Reichsaussenminister, werden heute nachmittag in Paris ein treffen und sogleich um 4 Uhr soll eine deutsch-französische Besprechung zwischen Brüning-Curtius und Briand-Laval stattfinden. Daran soll sich am Sonntag eine Fünfmächtenkonferenz anschließen, denn auch der italienische Außenminister Ciano wird amwesend sein außer den Staatsmännern von Frankreich, England, Amerika und Deutschland.

Es handelt sich bekanntlich darum, eine deutsch-französische Einigung herbeizuführen, um den Weg für eine große langfristige Anleihe freizumachen, die Deutschland als Ersatz für die abgezogenen kurzfristigen Auslandskredite braucht, die also keine Neu- oder Mehrverschuldung darstellen wird, sondern die Unsicherheit der kurzfristigen Kredite ersetzen soll, deren Verhängnis uns in diesen Tagen offenbar geworden ist. Der französische Vorschlag finanziellen Beistandes für Deutschland soll darauf hinauslaufen, daß die Bank von Frankreich, die Bank von England und die amerikanische Bundes-Reservebank Deutschland zunächst einen kurzfristigen Kredit von zwei Milliarden Reichsmark gewähren würden, der allmählich durch eine in zehn Jahren rückzahlbare Anleihe in gleicher Höhe ersetzt werden sollte.

Es sind außerordentlich schwerwiegende Verhandlungen, deren Ernst schon dadurch illustriert wird, daß zum erstenmal ein deutscher Reichszankler offiziell nach Paris kommt. Dabei geht es um das, was Frankreich als Sicherungen und als Bedingungen für seine Beteiligung an der Anleihe fordert. Amerika hat jedoch ein Veto gegen Bedingungen erhoben, welche Deutschlands Souveränität beeinträchtigen würden, was die Stellung der deutschen Staatsmänner außerordentlich verbessert. Erst wenn diese Fragen prinzipiell geklärt sind, sollen die sachlichen Verhandlungen über die Einzelheiten auf der am Montag beginnenden großen Konferenz in London in Angriff genommen werden. Der Ausgangspunkt für die Pariser Reise ist in der bekannten Rundfunkrede des Reichszanklers zu sehen. Die französische Einladung traf Freitag vormittag in Berlin ein, sie ist in sehr zuvorkommendem und höflichem Ton gehalten, und die deutschen Herren werden geben, sich als Gäste der französischen Regierung zu betrachten.

Amerikanisches Veto gegen politische Bedingungen

Wie aus Washington gemeldet wird, hat Unterstaatssekretär Castle als „unverrückbares Ziel der amerikanischen Regierung, sofortige und möglichst langfristige Hilfe für Deutschland unter Beseitigung aller nicht notwendigen Einzelheiten“, nach erneuter telephonischer Besprechung mit Stimson mit großer Deutlichkeit erneut betont.

Zwei für dieses Wochenende äußerst wichtige Punkte wurden deutlich geklärt:

Man betrachtet die Begegnung Dr. Brüning-Laval lediglich als einen Auftakt zu der entscheidenden Londoner Konferenz, und man betrachtet ferner die bekannten französischen Voraussetzungen für eine Anleihe an Deutschland für einen „undiskutierbaren Versuchsbalkon“. Die französische Regierung habe Freitag früh als Gegenleistung Deutschlands verlangt, daß die Zollentnahmen Deutschlands verpfändet würden, daß ein Gläubigerausschuß die Verwendung dieser Einnahmen kontrolliere und ein Bestimmungsrecht bezüglich etwaiger weiterer deutscher Auslandsanleihen habe, daß Deutschland seinen Wehretat während dieser zehn Jahre nicht erhöhe, und daß Deutschland während dieses Zeitraumes keinerlei politische Forderungen stelle, sondern den politischen und geographischen Status quo respektiere.

Hoover habe, als Stimson ihm diese Forderungen mitteilte, erklärt, daß Amerika sie unmöglich diskutieren könne, und daß die französischen Staatsmänner nach einer Unterhaltung mit Dr. Brüning wohl einsehen würden, daß sie unüberwindlich seien. Die Reichsregierung habe, so betonte Castle, in den letzten Tagen einige sehr energische und gute Maßnahmen ergriffen, die dem Reich über die nächste Zukunft hinweghelfen würden. Nunmehr könne Deutschland erwarten, daß schließlich ein auf möglichst lange Sicht berechneter Hilfsplan gefaßt

Letzte Nachrichten

Was wird in Paris?

Die Beurteilung der Lage in Washington

W.B. London, 18. Juli. (Tel.) Der Washingtoner Korrespondent der „Times“ melbet: Die Aufregung über den Entschluß, an der Londoner Konferenz teilzunehmen, ist ebenso wie die durch die Hoover-Vorschläge entstandene. Die amerikanische Regierung ist sich vollkommen darüber im Klaren, daß in dem Versuch, einen dauerhaften Ausweg aus der gegenwärtigen Notlage zu finden, weitergehende Fragen, u. a. solche politischer und wirtschaftlicher Natur mit Bestimmtheit angeschnitten werden müssen. Die Regierung ist der Ansicht, daß, wenn die Fragen der deutschen Rüstungen in Zusammenhang mit irgendeinem Plane internationaler Hilfe gebracht werden sollten, es möglich wäre, der Gefahr einer deutschen Verstärkung dadurch zu begegnen, daß man gleichzeitig zu einer Art vorläufigem Abkommen dahin gelangt, daß auch die anderen Mächte sich bereit erklären, ihre Rüstungen herabzumindern. Der Korrespondent bemerkt weiter, daß man die französischen Vorschläge lediglich als Versuchsbalkon betrachte und sie nicht ernst nehme. Im übrigen sei die Regierung gegen jeden Versuch, von Deutschland erniedrigende Konzessionen herauszubringen, selbst schon wegen der politischen Rückwirkungen, die darauf in Deutschland eintreten könnten, und der Gefahr, in die dadurch das Kabinett Brüning gebracht werden könnte.

W.B. New York, 18. Juli. (Tel.) Die hiesigen Blätter bringen die Nachricht von der Teilnahme der Vereinigten Staaten an der Londoner Konferenz in großer Aufmachung, betonen aber zugleich, daß es sich um wirtschaftliche Probleme bei den bevorstehenden Besprechungen handelt. Die Morgenpresse unterstreicht die entscheidende Rückkehr hoffnungsvoller Stimmung am gestrigen Tage, obgleich vorläufig die noch etwas unbestimmten Meldungen von einer großen, für Deutschland geduldeten Anleihe in finanziellen und auch einigen politischen Kreisen mit einer gewissen Skepsis besprochen werden. In Washington wird die gegenwärtige Diskussion eines solchen Anleiheprojekts noch als verfrüht bezeichnet. Der demokratische Senat Carterslag erklärt, die Federal-Reservebank sollte vorsichtig sein, um nicht in den europäischen Marktstrom hineingerissen zu werden.

Einheitsfront in England

W.B. London, 18. Juli. (Tel.) „Americas Nein zu den französischen Forderungen“, ist die Hauptüberschrift der Hauptseite der heutigen Ausgabe des „Daily Herald“. In Fortdruck heißt es weiter: Die Vereinigten Staaten und Großbritannien werden zu den drohenden Forderungen Frankreichs Nein sagen. Dies ist der springende Punkt in den heute beginnenden Pariser Verhandlungen. MacDonald hat eine Sonder Sitzung des Kabinetts auf Montag vormittag anberaumt. Es haben Besprechungen zwischen Vertretern der Regierung und denen der Opposition stattgefunden, als deren Ergebnis eine britische Einheitsfront für die Hauptprobleme geschaffen worden ist.

In einem Leitartikel gibt „Daily Herald“ der Hoffnung Ausdruck, daß man Deutschland in Paris nicht Forderungen stellen werde, die keine Nation mit Selbstachtung zugehen könnte. „Englische Bürger aller Schattierungen“, so heißt es in Fortdruck, „werden sich gegen jeden Versuch wenden, Deutschland in wirtschaftliche Abhängigkeit zu stoßen.“ Derartige Versuche würden alle Hoffnung, internationalen Wohlstand wieder herzustellen, zunichte machen.

Die Pariser Presse

W.B. Paris, 18. Juli. (Tel.) „Reit Journal“ schreibt, es handelt sich darum, eine Atmosphäre zu schaffen, in der nicht nur Deutschland und Frankreich, sondern ganz Europa atmen können. Vor allem muß man aber wünschen, daß der französische Plan biegsam sei, damit er eine Grundlage zur Verständigung abgeben kann.

In der „Republique“ schreibt Cot: Dr. Brüning hat neue Beweise für seine Fähigkeit und Festigkeit gegeben. Er ist ein großer Staatsmann. Auf das Interesse seines Landes bedacht, verbindet er mit patriotischem Gefühl auch ein klares Verständnis für die internationalen Realitäten. Ministerpräsident Laval spielt eine entscheidende Partie. Cot hält finanzielle Garantien nicht für unbillig, warnt aber davon, von Deutschland etwas zu verlangen, was als Beeinträchtigung seiner Souveränität erscheinen könnte.

werde, und das sei die Aufgabe der Londoner Konferenz. Hoover habe jenseits des Atlantik Daves, der in Chicago weilte, gebeten, sofort auf seinen Londoner Posten zurückzukehren, und Daves werde am 22. Juli mit der „Mauretania“ abfahren, so daß dann vier prominente amerikanische Beamte, Stimson, Mellon, Daves und Gibson, an der Konferenz, die wahrscheinlich einige Zeit dauern werde, mitarbeiten können.

Stimson werde — so erklärte Castle — als fremdländischer Vermittler wirken. Die französische Regierung habe ihre Beteiligung an der Londoner Konferenz zugesagt und sie werde sicherlich eine Formulierung ihrer Vorschläge finden, die für die deutsche Regierung annehmbar sei. Ob der Plan schließlich in London angenommen werde, lasse sich schließlich nicht voraussagen. Aber der Besuch Dr. Brünings und Dr. Curtius in Paris werde den Weg zur Einigung ebnen.

Meine Tätigkeit als Finanzminister

Von Minister Dr. Schmitt

I.

Die rasende See will ihr Opfer haben. Die See der Opposition sucht nach einem Sündenbock für das Notgesetz. Man greift meine Finanzpolitik an. So sehe ich mich veranlaßt, in aller Öffentlichkeit, so wie ich bisher die Dinge im Landtag und in der Öffentlichkeit behandelt habe, meine Tätigkeit als Finanzminister auch hier darzustellen.

Die Ursachen der Notlage Badens.

I. Die Notlage Badens hat — wie bei allen Ländern — ihre tiefsten Ursachen in den Rückwirkungen der Weltwirtschaftskrise und der deutschen Wirtschaftskrise auf Baden. Sie wird verschärft durch die gerade in letzter Zeit wieder zunehmende Zentralisierung unserer öffentlichen Gelder in Berlin, durch den Zentralismus der Reichssteuergesetzgebung und durch die Fesseln, die früher und gerade in der letzten Zeit der Landessteuergesetzgebung auferlegt worden sind. Baden ist Grenzland geworden, Industrie wandert vielfach ab nach dem Innern Deutschlands und nach den großen Wirtschaftszentren. Die Steuerquellen der Vorkriegszeit sind teilweise völlig verschwunden. (Bad. Kapitalssteuerwerte vor dem Kriege in Höhe von 4,5 Milliarden.) Die Einkommensteuer ist dem Land genommen worden und auf das Reich übergegangen, Einkommensteuermehrschläge sind vom Reich dem Land und den Gemeinden verweigert worden, die badische Vermögenssteuer ist auf das Reich übergegangen und an ihrer Stelle hat das Reich nur eine Realsteuer dem Lande überlassen, die in ihren Grundzügen, insbesondere wegen des mangelnden Schuldabzugs, ungerecht ist. Der Überweisungs Schlüssel der Reichssteuer (Aufkommensschlüssel) ist unbillig, der von mir und immer wieder verlangte Bedarfschlüssel (Einwohnerschlüssel), ist vom Reich grundsätzlich abgelehnt worden. Das Reich kürzt willfürlich die Überweisungen an die Länder und wirft dieselben trotzdem immer neue Aufgaben zu. Im einzelnen gesehen ist die unmittelbar finanzielle Not erst Ende Mai d. J. — nach der Erklärung des Herrn Finanzministers Dr. Mattes an die gesamte Presse und ebenso nach seiner in der „Badischen Presse“ vom 16. Juli 1931 Nr. 328 veröffentlichten Rede, erst auf Grund des Rundschreibens des Reichsfinanzministeriums vom 22. Juni 1931 — klar erkennbar geworden, sie beruht auf folgenden Ursachen:

1. Auf dem plötzlichen und gewaltig ansteigenden Rückgang der Reichssteuerüberweisungen um rund 24 Millionen gegenüber dem laufenden badischen Staatsvoranschlag. Der Satz geht von rund 94 Millionen auf 70 Millionen jährlich zurück.
2. Die badischen Realsteuern für 1931 bleiben gegenüber dem Aufkommen von 1930 um 5 Millionen zurück.
3. Die Bruttoerlöse aus den badischen Forsten zeigen gegenüber dem Voranschlag einen stets steigenden Ausfall von rund 7 Millionen.
4. Die badische Hauszinssteuer wird im Jahre 1931 ungefähr 1 Million weniger ertragen als im Jahre 1930.

Diese Zahlen beruhen auf Schätzungen, bei den Reichssteuern auf Schätzungen des Reichsfinanzministeriums.

Das Notgesetz eine vorbeugende Sicherungsmaßnahme.

II. Nach der Erklärung des Herrn Finanzministers Dr. Mattes ist mit einem Fehlbetrag von 19 Millionen Reichsmark zu rechnen. Dieser Fehlbetrag ist aber noch nicht vorhanden, er entsteht vielmehr erst, wenn die badische Finanzverwaltung untätig geblieben wäre. Die badischen Finanzen sind also nicht zerrüttet, das badische Notgesetz hat vielmehr die Aufgabe, die badischen Finanzen vor der Zerrüttung zu bewahren, das Gleichgewicht des Haushalts zu sichern und den Kredit des Landes zu erhalten.

Bermögens- und Schuldenstand Badens.

III. Nach der amtlichen Darstellung in der „Karlsruher Zeitung“ vom 14. Juli 1931 wird das Vermögen des badischen Staats auf 566 Millionen geschätzt, die Schulden auf rund 136 Millionen festgestellt und die Vermögenslage errechnet. Die Vermögensschätzung ist sehr niedrig, wenn z. B. die Badenverfalltiten mit 27 Millionen seit Jahren ununterbrochen 9 Proz. Dividenden abwerfen, so ist ihre Einstellung mit 27 Millionen gewiß zu niedrig.

Die Badische Bank hat ferner eine so solide Grundlage und seit Jahren eine so hohe Dividende regelmäßig ausgeschüttet, daß die Schätzung der Aktienwerte mit 100 Prozent sehr niedrig ist.

Die Schulden des badischen Staates sind verwendet worden:

a) 70,7 Millionen für verbundene Auslagen (Kali, Elektrizität, Wohnungsbau, Badische Bank, Bodenmeliorationen, wertschöpfende Erwerbslostenfürsorge usw.),

b) für allgemeine Staatszwecke 66 Millionen (Landstraßen, Klinikbau Freiburg, Beamtenwohnungen, Kassen- und Betriebsmittel).

IV. Was habe ich getan zur Ordnung der Finanzen?

Ich habe vor einigen Jahren die Landesfinanzordnung (Kasse) eingeführt. Ihr Wesen besteht darin, daß in der Staatsrechnung an die Stelle der aus der monarchistischen Zeit übernommenen Soll-Rechnung die Ist-Rechnung gesetzt wird. Nur wenige verstehen die Bedeutung dieser Änderung. Ich muß es daher an einem Beispiel erläutern:

Der badische Staat stundet z. B. bei Holzverkäufen den Holzpreis um 6 bis 9 Monate. Die gestundeten Holzgelder betragen auf Ende des Rechnungsjahres vielleicht 10 Millionen. Diese gestundeten Forderungen sind selbstverständlich Einnahmen des Staates. Sie gehören zum Soll der Einnahmen, sie sind Aktivposten im Sinne einer kaufmännischen Buchführung. Aber sie sind kein liquides Vermögen, und auf die Liquidität kommt es in Zeiten der Not an. Viele wohlhabende Gesellschaften oder Privatpersonen haben heutzutage großes Vermögen, sie kommen aber trotzdem in Zahlungsschwierigkeiten, weil sie keine liquiden Mittel besitzen. Die Ist-Rechnung hat nun die Aufgabe, lediglich die liquiden Mittel zu erfassen. In der Ist-Rechnung des Jahres 1930 sind z. B. die gestundeten Forderungen nicht mehr enthalten, weil sie noch nicht liquid sind. In einer Soll-Rechnung sind sie eingerechnet. Durch die Einführung der Ist-Rechnung wird ein klares Bild geschaffen über die Liquidität der Kasse, und es werden die Fehler vermieden, die sich aus den günstigeren, aber trügerischen Zahlen der früheren Soll-Rechnung ergeben konnten. Die Ist-Rechnung schützt vor Verschuldung.

Senkung des Fehlbetrages zirka um 4 Millionen.

2. Nach den amtlichen Feststellungen in der „Karlsruher Zeitung“ vom 11. Juli 1931, habe ich nach der Ist-Rechnung vom 31. März 1927 aus den Vorjahren einen Fehlbetrag von 10 758 294 RM übernommen, und diesen nach der Ist-Rechnung auf 31. März 1930 auf 6 924 622 RM, also um ungefähr 4 Millionen herabgesetzt. Die nach der genannten „Karlsruher Zeitung“ zur Errechnung dieser Zahl erforderlichen im Staatsvoranschlag vorgesehenen Kredite von 18 172 706 RM, sind tatsächlich aufgenommen worden, und in der Staatskasse eingegangen, allerdings nicht als langfristige Kredite, sondern nur als kurzfristige Kredite, weil langfristige nicht zu erreichen waren. Nach der Kassenordnung werden kurzfristige Kredite noch nicht als endgültige Einnahmen verbucht. Zu vermeiden waren die auf kurzfristige Kredite zu übernehmenden Ausgaben, z. B. die 14 129 938 Reichsmark für die Landstraßen gewiß nicht.

3. Ich habe 1927 bei Aufstellung des Staatsvoranschlags den ursprünglichen auf den Anforderungen der anderen Minister beruhenden Fehlbetrag des Staatshaushalts von ursprünglich 88 Millionen um 59 Millionen auf 24 Millionen gekürzt. Der Landtag hat weitere 3,6 Millionen gestrichen, was den Regierungsparteien den Vorwurf des Sparfanatismus eingetragen hat. Ähnlich war es bei der Aufstellung des Staatsvoranschlags 1930/31. Nachträge zum Staatsvoranschlag habe ich regelmäßig abgelehnt. Diese Ablehnung bedeutet Sparen.

Sparfame Finanzverwaltung.

4. In der Landtagsitzung vom 15. Mai 1929 hat inhaltlich des amtlichen Landtagsberichts, Seite 370, der Sprecher der Opposition, der Herr Landtagsabgeordnete Obkircher, wörtlich erklärt: Niemand bestreitet dem Herrn Finanzminister den besten Willen, so sparsam wie möglich die Finanzverwaltung des Landes zu führen.“

Einschätzung der Sparkommission.

5. Ich habe mit Billigung des Staatsministeriums die Sparkommission eingesetzt. Das habe ich in meiner Etsatred vom 14. Januar 1930 (Amtlicher Bericht, Seite 455) ausgesprochen. Die Sparkommission ist schon einige Tage vorher in Tätigkeit getreten.

Der Kampf um geordnete Finanzen.

6. Ich habe die badischen Finanzen nicht vernachlässigt, sondern mir fortgesetzte Vorwürfe angezogen, weil ich den Kampf gegen die Steuerentlastung unerbittlich im Interesse der Finanzen geführt habe.

a) Das Fleischsteuergesetz hat der Landtag zweimal aufgehoben. Ich habe jedesmal die Forterhebung wieder durchgesetzt, weil die Aufhebung des Fleischsteuergesetzes einen Ausfall gebracht hätte und eine Erhöhung der Realsteuer zur Folge haben mußte.

b) Ich habe gegen die Aufhebung des § 7 a des Gebäudesteuerergesetzes gekämpft, und zwar wegen der Finanznot und habe deswegen mir und meiner Partei die schärfsten Vorwürfe angezogen.

c) Ich habe die Anträge der Opposition auf Senkung der badischen Realsteuern — Antrag Landtagsdruckache Nr. 91 a vom 7. Juli 1927, Antrag vom 20. März 1928, Amtlicher Bericht, Seite 2800, Antrag vom 10. Juli 1928 Nr. 52 h 7, Antrag Nr. 82 f 3, Ziffer 5 von 1930 und

Amtlicher Landtagsbericht 1930, Seite 3008 — mit Nachdruck und mit Erfolg bekämpft. Wenn ich schwach gewesen wäre, so stünden die Staatsfinanzen um viele Millionen schlechter als heute.

Warnung vor Optimismus

7. Man warf mir Optimismus vor. Ich verweise dagegen auf den Amtlichen Landtagsbericht 1930, Seite 3008, wo festgestellt ist, daß ich vor dem „Optimismus“ gewarnt habe, höhere Einkommensteuerüberweisungen entsprechend einem Antrag der Opposition anzunehmen und einzusetzen, als in meinem Voranschlag enthalten waren. Der Landtag ist meiner Warnung beigetreten. Im übrigen ist hier folgendes zu bemerken:

Ein Finanzminister darf kein Pessimist sein, sonst macht er die anderen zu Pessimisten, aus dem Pessimismus wird nur Unglück geboren. Ein Finanzminister darf aber auch kein Optimist sein, er muß alle wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse wahrheitsgemäß und offen feststellen und mit Nüchternheit an alle seine Aufgaben herantreten.

Nach diesen Richtlinien habe ich gehandelt.

Weitere Notverordnungen

Gegen Ausschreitungen der Presse

Die Reichsregierung hat am Freitagabend eine neue Notverordnung erlassen, welche sich gegen Ausschreitungen der radikalen Presse wendet.

Danach werden die Zeitungen verpflichtet, auf Verlangen der obersten Reichs- und Landesbehörden oder der von ihnen beauftragten Stellen Kundgebungen sowie Entgegnungen ohne Einschränkung oder Begrenzung unentgeltlich aufzunehmen. Der Abdruck hat unverzüglich, bei Tageszeitungen spätestens in der nach Eingang der Kundgebung oder Entgegnung nächstfolgenden, für den Druck nicht bereits abgeschlossenen Nummer zu erfolgen. Die Kundgebung oder Entgegnung ist an der vom Einlasser bestimmten Stelle, mit der von ihm bestimmten Überschrift und in der von ihm bestimmten Schrift zum Abdruck zu bringen. Eine Stellungnahme zu einer Entgegnung in der gleichen Nummer ist unzulässig.

Druckschriften, deren Inhalt die öffentliche Sicherheit und Ordnung gefährdet wird, können polizeilich beschlagnahmt und eingezogen werden. Periodische Druckschriften können verboten werden, 1. wenn der Vorbericht zuwidergehandelt wird oder 2. wenn durch ihren Inhalt die öffentliche Sicherheit und Ordnung gefährdet wird.

In Berlin wird dazu erklärt, daß derartige gesetzliche Vorschriften auch im Auslande, z. B. in Frankreich, wiederholt erlassen worden sind, und hier nichts Außergewöhnliches darstellten. § 2 der Verordnung richtet sich lediglich gegen radikale Organe, und in Kreisen der Reichsregierung kommt das eheliche Bedauern zum Ausdruck, daß die ungewöhnlichen Vorgänge der letzten Zeit zu derartigen Maßnahmen zwangen. Es besteht allgemein die Hoffnung, daß es sich nur um vorübergehende Maßnahmen handelt. Es besteht bei allen beteiligten Stellen der Wunsch, daß die Verordnung durchaus in verständlichem Sinne und unter Vermeidung jeglicher Schärfe durchgeführt wird.

Zwei andere Verordnungen kommen heute Samstag heraus. Es handelt sich dabei einmal um Maßnahmen gegen die Kapitalflucht, zum anderen um die Regelung, die mit Beginn der nächsten Woche für den Bankverkehr erforderlich ist. Diese Verordnung trifft vor allem Bestimmungen über die Abhebung von Bankguthaben.

Eine Antwort an die Sozialdemokratie

Als Antwort auf den bekannten Aufruf der Sozialdemokratischen Partei veröffentlichten die Nordwestdeutschen Industrieverbände einen Aufruf, in dem mit aller Entschiedenheit zurückgewiesen wird, daß einzelne auf scharfe zu bekämpfende Auswüchse der privatkapitalistischen Wirtschaft aus durchsichtigen Gründen verallgemeinert und der Gesamtwirtschaft zur Last gelegt werden.

Der Aufruf wendet sich gegen die Behauptung, daß das Unternehmertum nach Rettung durch den Staat und nach Hilfe des Auslandes ruhe, und betont, daß nur der entschlossene, von staatssozialistischen Tendenzen befreite Einsatz der eigenen Kraft die Wirtschaft aus der Not der Gegenwart herausführen könne. Nicht ein Kampf Aller gegen Alle, sondern ein Kampf Aller für Alle sei dringendes Gebot der Stunde.

Verhaftung von Karl und Heinz Lahusen

Wie aus Bremen gemeldet wird, haben die Ermittlungen des Untersuchungsrichters nunmehr zu dem Ergebnis geführt, daß dringender Tatverdacht besteht, daß nicht nur, wie bisher angenommen, Vergehen gegen die Bestimmungen des Handelsgesetzbuches, sondern darüber hinaus von Kontursverbrechen und Betrug durch Führung von Geheimkonten, falsche Buchungen und insbesondere Einstellung fingierter Forderungen in Frage kommen. Deshalb ist am Freitagnachmittag auf Antrag der Staatsanwaltschaft der Haftbefehl gegen die Angeklagten Karl und Heinz Lahusen erlassen und vollstreckt worden, weil nunmehr Fluchtverdacht gesetzlich begründet ist.

Kurze Nachrichten

Beleidigungsklage Kemmele gegen Münchmeyer. Vor dem Darmstädter Bezirksgericht sollte sich am Freitag der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Münchmeyer wegen Beleidigung des früheren badischen Ministers Kemmele verantworten. Münchmeyer erschien nicht und schrieb zu seiner Entschuldigung, er könne wegen politischer Angelegenheit zur Zeit nicht abkommen. Das Gericht erkannte diese Entschuldigung an und verlegte den Termin auf den 14. August d. Z. Der Staatsanwalt hatte den Erlaß eines Haftbefehls beantragt.

Einschätzung v. Bayern. Unter großer Anteilnahme wurde Freitag vormittag in Krematorium auf dem Prager Friedhof in Stuttgart die sterbliche Hülle des ehemaligen deutschen Vizekanzlers Geheimrat Frhr. v. Bayer den Flammen übergeben.

Neue Unruhen in Ostpreußen. In der Nähe des Unruhensherdes ist es am Freitagabend zu neuen Zusammenstößen gekommen, bei denen die Polizei von der Schutzwaaffe Gebrauch machen mußte. Drei Demonstranten wurden verletzt, zwei lebensgefährlich.

Deutscher Flottenbesuch in England. „Daily Herald“ glaubt antworten zu können, daß im nächsten Monat auf Einladung der britische Admiralität deutsche Kreuzer nach Portsmouth kommen werden.

Vor den Pariser Verhandlungen

Eine Erklärung des Kanzlers

Reichskanzler Dr. Brüning übergab kurz vor seiner Abreise nach Paris noch folgende Erklärung:

„Nachdem die Reichsregierung die notwendigen Maßnahmen getroffen hat, um den Gefahren zu begegnen, die aus den schweren Erschütterungen des deutschen Geld- und Kredit-systems drohen, ist mir nun die Möglichkeit gegeben, den von mir schon in meiner letzten Rundfunkrede zum Ausdruck gebrachten Wunsch nach einem persönlichen Meinungsaustausch mit den französischen Staatsmännern zur Durchführung zu bringen.“

Der Herr Reichsaußenminister und ich fahren nach Paris mit dem festen Willen, in einem offenen gegenseitigen Meinungsaustausch einzutreten, dessen Ergebnis, wie ich hoffe, den Weg für eine vertrauensvolle Zusammenarbeit freimachen wird.“

Die bevorstehende Aussprache kann um so fruchtbarer sein, als wir gleichzeitig Gelegenheit haben werden, auch mit dem englischen Außenminister und dem amerikanischen Staatssekretär zusammenzukommen.“

Von Paris werden wir auf eine Einladung der englischen Regierung nach London weiterfahren, um den begonnenen Gedankenaustausch fortzusetzen. Ich hoffe, daß diese persönliche Fühlungnahme zur Klärung der Lage beitragen und einen sichtbaren Beweis internationaler Solidarität geben wird.“

Eine französische Erklärung

Die Gavas-Agentur verbreitet eine Auslassung, in der es heißt:

Die Reise nach Paris ist ein wichtiges Ereignis in der Geschichte. Von französischer Seite deutet man diese Reise als eine Etappe auf dem Wege einer deutsch-französischen Annäherung. Es würde zu viel verlangt sein, von eiligen Bepfehlungen, die heute stattfinden, entscheidende Ergebnisse zu erwarten. Wenn diese erste Fühlungnahme schon zur Folge haben wird, daß die Atmosphäre geklärt wird, und daß die beiden Völker zu einem besseren gegenseitigen Verstehen geführt werden, werde die Initiative des Ministerpräsidenten Laval nicht vergeblich gewesen sein.“

Man wird bald wissen, ob diese lokale und vollkommene Aussprache, diese historische Begegnung der Staatsmänner genügen wird, um in den öffentlichen Meinungen der beiden Länder eine Annäherung herbeizuführen, die eine grundsätzliche Einigung im Laufe der Verhandlungen, die in den nächsten Tagen fortgesetzt werden, und an denen die Außenminister von England, Amerika und Italien teilnehmen werden, erleichtert. Der zweite Tag, den Dr. Brüning und Dr. Curtius in Paris verbringen werden, wird den Besprechungen zu fünf vorhalten sein, in deren Verlauf man versuchen wird, die Meinungsverschiedenheiten zwischen den französischen und den deutschen Gesichtspunkten auszugleichen, um zu einer Lösung zu gelangen, die für beide Länder in gleicher Weise annehmbar sein wird.“

Die deutsche Krise und die Schweiz

Die Krise in Deutschland machte sich in Schweizer Fremdenverkehr sehr fühlbar. Nachdem der Verkehr in den letzten Tagen stark nachgelassen hatte, ist er seit Donnerstag fast lahmgelegt. Die deutschen Reisenden brechen am Badischen Bahnhof in Basel ihre vorgesehene Schweizer Reise ab und kehren ins Vaterland oder in den südbahnen Schwarzwald zurück. In verschiedenen alpinen Kurorten im Berner Oberland und in Graubünden sind fast sämtliche deutschen Kurgäste abgereist.

Besondere Verstimmung herrschte unter den deutschen Feriengästen darüber, daß die Schweizerischen Bundesbahnen die deutsche Reichsmark mit 1,10 Schweizer Franken bewerteten. Die Schweizer Gastwirte und Kaufleute, besonders die an der Grenze, gingen vornehmlich rigoros gegen die deutschen Gäste vor. Die deutschen Ausflugsleute aus dem Schwarzwald erhielten für die Reichsmark nur 30 Rappen. Die Folge davon ist, daß sämtliche der sonst zahlreichen Autorundfahrten in die Schweiz abgesetzt worden sind.

Ähnliche Erscheinungen haben sich übrigens auch an der bayerisch-österreichischen Grenze gezeigt. Der Landesfremdenverkehrsrat für Bayern hat telegraphisch den Reichsfinanzminister ersucht, in den bayerischen Fremdenverkehrsstellen unverzüglich Stellen zu errichten, die an die Kurgäste Gelder ausgeben dürfen. Da in Tirol vielfach die Reichsmark nur sehr gering bewertet oder überhaupt nicht angenommen wird, so verlassen zahlreiche deutsche Sommerfrischler die Kurorte und siedeln nach Oberbayern über.

Trotz all dieser Schikanen und Versuche, momentane Krisenstimmung in und um Deutschland rücksichtslos auszuwerten, wird es doch auch in Zukunft wieder mehr als genug Deutsche geben, die unbedingt ins Ausland müssen, obwohl sie im Inland ihr Feriengeld genau so gut oder noch viel besser unterbringen könnten.

Die Schweizerische Nationalbank hat von der Deutschen Reichsbank die Ermächtigung erhalten, vom Touristenpublikum Marknoten bis zum Betrag von 100 000 RM täglich auf Rechnung der Reichsbank zum Kurse von 120 Franken für 100 RM entgegenzunehmen.

kleine Chronik

In Göttingen (Württemberg) wurde der 57 Jahre alte Stadttagelöhner Arndt heute, Freitag vormittag, nach vorausgegangenem Sturz von seinem 19 Jahre alten Sohn Karl durch einen Stich mit dem Stiletmesser getötet. Verurteilte Familienverhältnisse sollen den Anlaß zu dieser blutigen Tat gegeben haben.

Kommerzienrat Engelmann, Besitzer der Papierfabrik Hoffmann & Engelmann in Neustadt a. O., stieß Freitagabend neun Uhr mit seinem Auto auf ein Langholzfuhrwerk mit solcher Wucht auf, daß ein Langholzstamm das Auto völlig durchbohrte. Frau Engelmann wurde tödlich verletzt. Das Langholzfuhrwerk war nur am Wagen, nicht aber, wie dies vorkommt, am Ende des Langholzes beleuchtet. Der Wagenführer und der im Auto sitzende Kommerzienrat wurden nur leicht verletzt.

In einer Waldkantine bei Leipzig wurde ein Gastwirt von drei unbekanntem jungen Burken niedergeschossen und so schwer verletzt, daß er bald darauf verstarb.

In Stargard (Pommern) schlug während eines Gewitters der Blitz in das Landgerichtsgebäude ein, das gleich darauf in hellen Flammen stand. Der Dachstuhl sowie der linke Flügel des dritten und des zweiten Stockwerkes sind völlig ausgebrannt. Wichtiges Schriftmaterial wurde vernichtet.

Beim Italien-Rundflug stürzte heute, Samstag, der spanische Pilot in der Nähe des Cap Santaletta, Carrera, ins Meer. Ein Fischerboot barg die Leichen Carreras und seines Mechanikers.

Badischer Teil

Uebersicht über die finanziellen Ergebnisse des badischen Notgesetzes

Der Herr Finanzminister Dr. Mattes hat in seiner Verlautbarung an die Presse vom 9. Juli d. J. das finanzielle Ergebnis des neuen badischen Notgesetzes dargestellt. Der Übersichtlichkeit wegen geben wir hierüber noch eine kurze tabellarische Zusammenfassung.

Herr Finanzminister Dr. Mattes geht von einem Defizit aus — das zwar noch nicht vorhanden ist, das aber kommen würde, wenn das Notgesetz nicht ergangen wäre — und zwar von einem vorwiegend durch den Rückgang der Reichsteuereinzahlungen, sowie der Fortschreitenden entstehenden Defizit von 19 Millionen Reichsmark für das Rechnungsjahr 1931. Dieses Defizit wird wie folgt gedeckt durch:

	Mill. RM.
1. die vom Reich angeordnete Gehaltskürzung vom 5. Juni 1931 (4,8/2) = (Die andere Hälfte muß das Land den Gemeinden überweisen.)	2,40
2. die Kürzung der tatsächlichen Ausgaben um weitere 5 Prozent =	1,30
3. die Senkung der Dienstreise- und Umzugskosten =	0,30
4. die Hauszinssteuer (Verwendung des Wohnungsbauteils für den allgemeinen Finanzbedarf) =	2,70
5. Erlös aus den Vorzugsaktien der Reichsbahn =	1,65
6. Senkung des Zuschusses des Landes zur gehobenen Fürsorge der Bezirksfürsorgeverbände =	0,60
7. Kürzung der Kreisdotationen =	0,25
8. Einsparung durch Anpassung der Landesbeamtengehälter an die Reichsrichtlinien =	0,20
9. Kürzung der außerplanmäßigen Beamtenezüge =	0,50
10. Besondere Kürzung der badischen Beamtengehälter um 5 Prozent =	3,50
11. Lehrerabgaben der Gemeinden =	5,30
	19,00

Badische Handelskammern zur Lage

Die Handelskammer für den Kreis Mannheim hat in ihrer letzten Vollversammlung die Lage besprochen und ist zu dem Ergebnis gekommen, daß das Schicksal Deutschlands und seiner Bewohner davon abhängt, daß die notwendigen Maßnahmen mit größter Ruhe und Besonnenheit entgegengenommen und durchgeführt werden. Jede Übereilung und Beunruhigung kann nur zu einer Schädigung der Gesamtheit und jedes einzelnen führen. Zum Notensystem liegt kein Anlaß vor, es kann nur die Schwierigkeiten vermehren und verlängern. Die von der Regierung und Reichsbank eingeleiteten Maßnahmen sind geeignet, den Zahlungsverkehr wieder in normale Bahnen zu lenken. — Gleichzeitig wurden auch die früheren Notverordnungen des Reiches und des Landes Baden erörtert. Die Stellung dazu, zur Verwaltungs- und Reichsreform und zum Wutachten der Sparkommission der badischen Staatsverwaltung wurde für einen ruhigeren Zeitpunkt vorbehalten.

Ebenso befahte sich die Handelskammer Karlsruhe in ihrer Vollversammlung am Freitag mit den wirtschaftlichen Vorgängen der letzten Tage. Sie stellte mit Befriedigung fest, daß im Bezirk der Kammer der Zahlungsverkehr, wenn auch in beschränktem Umfang, so doch in aller Ruhe vor sich gegangen ist und daß die Bevölkerung allgemein Besonnenheit an den Tag legte. Zum Kamstern von Geld besteht keinerlei Veranlassung. Insbesondere macht die Kammer darauf aufmerksam, daß kein Grund vorhanden ist, größere Mengen von Bargeld zinslos zu Hause liegen zu lassen, da die Banken alle nach dem 14. Juli eingeleiteten Beträge auf Verlangen sofort in voller Höhe wieder herauszahlen. Die Kammer richtet an die Käufer die Aufforderung, den gewohnten Bedarf zu decken und nicht Zurückhaltung zu üben, während andererseits ein Kamstern von Waren, wie in den ehemaligen Zeiten der Inflation vollkommen unangebracht ist. Die Kammer hat das Vertrauen, daß die Reichsregierung auch weiterhin alle Maßnahmen zur Hebung der Schwierigkeiten, insbesondere auf dem Gebiete des Zahlungsverkehrs, ergreifen wird.

Dienstreisefostenverordnung

Das Amtsblatt des Kultus- und Unterrichtsministeriums veröffentlicht heute eine neue Dienstreisefostenverordnung, die die Leistungspflicht des Staates den Beamten gegenüber bei Dienstreisen auf eine neue Grundlage stellt. Die Kostenersatzung auf allen Gebieten hat im wesentlichen eine merkliche Senkung erfahren. Mit der neuen Verordnung werden gleichzeitig auch Ausführungsbestimmungen veröffentlicht.

Verbot der Mannheimer „Arbeiterzeitung“

Die in Mannheim erscheinende kommunistische Tageszeitung „Arbeiterzeitung“ wurde vom Minister des Innern auf die Dauer von drei Wochen verboten. Anlaß zu diesem Verbot gaben mehrere aufreizende Artikel in den Nummern 134 und 135, in denen zugleich Behörden und leitende Beamte des Staates beschimpft und böswillig verächtlich gemacht werden.

Der Fremdenverkehr Badens im Monat Juni

Nach den vorläufigen Feststellungen des Badischen Statistischen Landesamts sind im Monat Juni an 200 badischen Fremdenverkehrsplätzen insgesamt 133 624 Fremde angekommen (Vormonat 141 554). Von diesen entfallen auf die Kurorte 90 384, auf die sonstigen Fremdenverkehrsorte 43 240. Größere Fremdenzahlen weisen Heidelberg (20 380), Karlsruhe (17 083), Freiburg (12 864), Konstanz (12 302) und Baden-Baden (7 585) auf. Verhältnismäßig gut besetzt war der südliche Schwarzwald; so hatten Bad Dürrenheim, Hintertzen, Lengkirch, St. Märgen, Schonach, Schönwald, Titisee, Triberg u. a. eine merklige Verkehrssteigerung gegenüber dem Vormonat zu verzeichnen.

Unter den angekommenen Fremden befanden sich 17 292 oder 12,9 v. H. Ausländer, wovon 13 792 Heilbäder und Kurorte aufsuchten. An erster Stelle im Auslandsbesuch steht England, (8668); es folgen die Schweiz (3206), Holland (2909), Vereinigte Staaten von Amerika (2676), Österreich (1290) und Frankreich (840). Aus dem übrigen Ausland kamen 2806 Fremde.

Die Zahl der Übernachtungen in den 200 Fremdenverkehrs-orten (ohne Baden-Baden) betrug insgesamt 394 837 (im Vormonat 321 420). Hinsichtlich der Übernachtungen der Ausländer steht die Schweiz (4423) an der Spitze; es folgen England (3346), Holland (3196), Vereinigte Staaten von Amerika (1455) usw. Gegenüber dem gleichen Monat des vorigen Jahres ist ein Nachlassen der Übernachtungen zu beobachten; inwieweit die wenig günstige Witterung und die wirtschaftliche Lage eine Milderung der Aufenthaltsdauer veranlaßt hat, muß dahingestellt bleiben.

Sommer-Operette im Städtischen Konzerthaus. Die Auführungen der Sommer-Operette zeigen, daß sie ihr Versprechen, nur Gutes zu bieten, einlöst. Allgemein wird es auch begrüßt, daß die Eintrittspreise herabgesetzt sind. Die zunächst gegebenen beiden Erfolgs-Operetten „Ein Walzertraum“ von Oscar Strauß und „Die Rose von Stambul“ von Leo Fall werden am Samstag, den 18. Juli (Beginn 20 Uhr) bzw. am Sonntag, den 19. Juli (Beginn 19.30 Uhr) wiederholt. Der Besuch kann im Hinblick auf die glänzenden Erstaufführungen empfohlen werden.

Wetterbericht der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe vom Samstag morgen: An der Südwandseite des skandinavischen Ziefs hat sich ein Randwirbel entwickelt, der erneut subtropische Warmluft heranzuführt und damit verbreitete Regenfälle gebracht hat. Auch morgen wird die Zufuhr der maritimen Luft andauern. Voraussage: Fortdauer des kühlen und zum Teil veränderlichen Wetters, weitere Regenfälle bei frischen Westwinden.

Wasserstände: Wadshut 378 minus 10, Basel 184 minus 21, Schutterinsel 262 minus 8, Kehl 399 minus 1, Maxau 591 plus 6, Mannheim 507 plus 4, Saub über 200 Zentimeter.

Handel und Wirtschaft

Verkauf keine Wertpapier- und Metallbörse in Berlin. Der Berliner Börsenvorstand hat beschlossen, mit Rücksicht auf die Beschränkungen des Zahlungsverkehrs die Eröffnung der Wertpapier- und Metallbörse vorläufig auszusetzen. Sobald der Zahlungsverkehr es gestattet, wird über die Wiedereröffnung Bescheid gefaßt werden. — Die Produktenbörse soll in dem bisherigen beschränkten Umfang tätig bleiben.

Erleichterungen für den Schlachtviehmarkt. Die Mannheimer Handelskammer hatte sich am Freitag telegraphisch nach Berlin gewandt, um durch Vermittlung der Handelskammerzentrale beim Reich Erleichterungen für den Zahlungsverkehr beim hiesigen Schlachtviehmarkt zu erlangen. Im Laufe des Freitag wurde ihr folgende Antwort aus Berlin zuteil: Zahlungsverkehr Schlachtviehmarkt mit Ernährungsministerium besprochen. Maßnahmen für Lebensmittelförderung ab Montag beabsichtigt, jedoch Inhalt zur Zeit ungewiß. Deutscher Industrie- und Handelslag.

Zur Regelung des Devisenverkehrs. Die Reichsbank gibt bekannt, daß sie auf Grund des § 1 Abs. 2 der Verordnung über den Verkehr mit ausländischen Zahlungsmitteln vom 15. Juni 1931 die Kreditinstitute, die bisher mit ihr in Discontoverkehr standen, ermächtigt hat, kommissionsweise für sie Devisengeschäfte zu betreiben. Die Kreditinstitute haben die eingehenden Zahlungsmittel unverzüglich zu den Geschäfts-

bedingungen der Reichsbank an die für sie zuständige Reichsbankanstalt abzuführen.

Die Lage am Geldmarkt

Im Reichsbankausweis vom 15. Juli zeigt das Lombardkonto mit 386 Mill. Reichsmark eine bisher kaum dagewesene Notwendigkeit. Diese erklärt auch, weswegen die Reichsbank den Lombardsatz jetzt um 5 Proz. über dem Diskontsatz festgesetzt hat. Die Gold- und Devisenverluste belaufen sich in der abgelaufenen Ausweiswoche auf insgesamt 302,3 Mill. Reichsmark. Wie man sich noch erinnern wird, wurden an den letzten Tagen der vorigen Woche täglich fast 100 Mill. Reichsmark abgezogen. Dadurch haben sich jetzt die Bestände an Gold und Devisen auf 1490,5 Mill. Reichsmark vermindert, und zwar beläuft sich der Goldbestand auf 1,366 Milliarden, der Devisenbestand auf 124,4 Mill. Reichsmark. Die Reichsbank hat sich bekanntlich am 15. Juli die Möglichkeit geschaffen, die Mindestdeckungsgrenze zu unterschreiten, da diese Deckungsunterlagen nicht ausreichen. In neuen Zahlungsmitteln in Notenform sind nur 56,9 Mill. Reichsmark in den Verkehr abgeflossen. Das bestätigt die alte Erfahrung, daß in Krisenzeiten Giroguthaben bei den Notenbanken immer relativ stabil bleiben. Bei einem Umlauf von 4,161 Milliarden Reichsmark stellt sich die Deckung durch Gold und deckungsfähige Devisen nun gar auf 35,8 Proz. Da am Freitag die Reichsbank nur verhältnismäßig wenig neue Noten zur Verfügung stellen brauchte — man kann den Betrag auf vielleicht 100 bis 150 Mill. Reichsmark veranschlagen —, hat sich die Deckungsquote rechnerisch nur unwesentlich auf 34,6 Proz. vermindert. In Wirklichkeit hat aber die Reichsbank am Freitag einige Millionen Devisenzugänge zu verzeichnen, wodurch sich das Deckungsverhältnis noch günstiger gestaltet haben dürfte.

Wie unbedenklich die Furcht vor einer inflationsmäßigen oder auch nur inflationsähnlichen Aufblähung des Zahlungsmittelumsatzes ist, zeigt die augenblickliche Entwicklung. Nach den Angaben, die uns von der Reichsbank gemacht werden, stellten sich am 15. Juli der gesamte Zahlungsmittelumsatz in Deutschland auf 5,824 Milliarden Reichsmark. Das ist ein Betrag, der nur um 63 Mill. Reichsmark über der Vorjahresziffer liegt und 111 Mill. Reichsmark über den vorwöchentlichen Ziffer, obwohl bekanntlich die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes eine außerordentliche Verlangsamung erfahren hat. Diese Tatsache allein würde schon einen viel höheren Notenumlauf rechtfertigen.

Die Reichsbank, der durch die Notverordnung das Monopol für den Handel in Devisen erteilt worden ist, hat am Freitag nach der mehrstägigen Unterbrechung erstmalig wieder amtliche Devisenkurse festgesetzt. Die Kurse für die Hauptplätze lauten: New York 4,209 G., 4,217 B.; London 20,475 G., 20,215 B.; Paris 16,49 G., 16,53 B.; Holland 169,58 G., 169,92 B.; Schweiz 81,87 G., 82,03 B. Die Notierungen weisen gegenüber der letzten amtlichen Notiz vom letzten Samstag kaum wesentliche Veränderungen auf.

Der Zahlungsverkehr bei den Banken und Sparkassen hat sich — wie aus Berlin berichtet wird — im Laufe des Freitag weiter ruhig entwickelt und zeigt allmählich die Tendenz der Rückkehr zu normalen Verhältnissen. Es wurden bereits wieder Gelder den Banken und ebenso den Sparkassen zugeführt. Es scheint, daß in Publikumskreisen der Unterschied zwischen Illiquidität und mangelnder Sicherheit mehr und mehr begriffen wird, und darüber hinaus die Erkenntnis wächst, daß die Illiquidität die Folge ganz außergewöhnlicher Momente ist.

Wie sich nach dem Ende der Bankfeiertage, also am kommenden Montag, der Zahlungsverkehr gestalten wird, das hängt von den in Vorbereitung befindlichen neuen Verordnungen ab, die man für heute erwartet. Die eine soll die weitere Lockerung der Kontosperrre bei Banken und Sparkassen und wahrscheinlich auch weitere Übergangsmassnahmen für die Zeit vom Montag an bringen, während die andere eine Reihe von Maßnahmen enthalten wird, mit denen nicht nur künftig die Kapitalflucht eingebremst, sondern nach Möglichkeit auch eine Rückkehr der ins Ausland geflüchteten Kapitalien erreicht werden soll. Eine andere im gegenwärtigen Zeitpunkt noch ungelöste Frage ist der Überweisungsverkehr zwischen den Banken, der durch die letzten Ereignisse in Unordnung oder geradezu ins Stocken geraten ist. Hier muß in einer oder anderen Weise wieder das Funktionieren des Apparates erreicht werden, worüber die Beratungen im Gange sind.

Die deutschen Guthaben im Ausland. Eine Konferenz der Schweizer Banken beschäftigte sich mit den Rückwirkungen der deutschen Krise auf die schweizerischen Banken und mit der Frage der deutschen Guthaben in der Schweiz. Es wurde beschlossen, die weiteren Maßnahmen Deutschlands, insbesondere jenseitig sie ein Auslandsmoratorium betreffen könnten, abzuwarten. Eine Sperre privater Guthaben deutscher Staatsangehöriger in der Schweiz soll vorläufig nicht durchgeführt werden. Allen Anschein nach beabsichtigt man, eine solche Maßnahme als Druckmittel gegen ein eventuelles deutsches Auslandsmoratorium in Reserve zu behalten. Die Lage in Deutschland wurde am Freitag an den schweizerischen Börsen wieder zuverlässiger beurteilt. An der Baseler Börse setzte sich eine kräftige Kaufsbewegung durch. Von besonderem Interesse war, daß außerbörselich besonders die deutschen Aktien gesucht wurden.

Die dänischen Hauptbanken haben beschlossen, während der Dauer der deutschen Notverordnungen den deutschen Banken nicht zu gestatten, über ihre Guthaben zu verfügen. Infolgedessen werden die Kreditinstitute, mit denen deutsche Banken ihre Kunden versehen haben, in Kopenhagen nicht honoriert, auch Schecks auf dänische Banken werden nicht eingelöst.

Auf die in Baden zugelassenen Lose der 18. Volkswohl-Lotterie-Ziehung 17.—23. Juni 1931 entfielen folgende Gewinne: 2500 RM., 239373. 50 RM., 282206. 10 RM., 151024, 262887, 373089, 718025, 301, 402, 725101. 5 RM., 44782, 997, 67627, 953, 68000, 151051, 155, 404, 520, 163836, 239322, 262625, 818, 359515, 735, 463819, 483100, 433, 503746, 596377, 644849, 725009, 116, 40. 2 RM., 44530, 56, 675, 729, 825, 60, 91, 980, 75, 86, 95, 67511, 37, 626, 53, 83, 726, 35, 888, 949, 151031, 119, 35, 69, 345, 477, 514, 18, 33, 60, 90, 163683, 768, 84, 808, 931, 77, 239013, 16, 54, 102, 272, 320, 66, 442, 61, 262541, 645, 97, 772, 849, 90, 954, 58, 282023, 31, 68, 88, 135, 55, 65, 200, 29, 315, 38, 75, 359568, 604, 807, 15, 19, 23, 29, 73, 82, 900, 50, 373080, 155, 73, 78, 233, 47, 53, 90, 348, 92, 485, 463562, 606, 41, 48, 705, 11, 59, 70, 83, 817, 22, 33, 41, 51, 949, 64, 80, 94, 483029, 50, 51, 101, 211, 29, 87, 326, 487, 503510, 58, 625, 46, 86, 704, 16, 90, 875, 920, 25, 64, 92, 596003, 17, 42, 77, 173, 223, 36, 45, 61, 333, 55, 423, 82, 644522, 608, 19, 72, 80, 828, 58, 86, 718014, 129, 46, 259, 76, 318, 31, 41, 79, 409, 77, 90, 725008, 64, 73, 75, 127, 45, 83, 251, 73, 418, 98, 508, 19, 30, 62, 82, 94. Einlösungsstelle für Baden: J. Stürmer, Staats-Lotterie-Einnehmer und Lotterie-Unternehmer, Mannheim D 7, 11

Bekanntmachung.
Durch Gesellschafter-Beschluß vom 30. Juni 1931 ist das Stammkapital der Gesellschaft auf 50 000 RM. herabgesetzt worden.
Die Gläubiger der Gesellschaft werden aufgefordert, sich bei dieser zu melden.
Heidelberg, den 15. Juli 1931.
Die Geschäftsführer der Siedlungsgesellschaft Badische Pfalz G.m.b.H.
Bitter Grundmann.

MÖBEL
jeglicher Art
die neuesten Modelle, prachtvolle Formen
Qualitätsware
kaufen Sie sehr billig bei
Karl Thome & Co.
Möbelhaus, Karlsruhe, Herrenstr. 23
gegenüber der Reichsbank
Glänzende Anerkennungen • Riesig große Auswahl!

Stillingen. 9.568
Güterverkehrsregistertrag
Band II Seite 120: **Ring**
Emil Gottlieb, Kaufmann
in Schilberg und Frieda
Julie geb. Bürkle. Vertrag
vom 3. Juni 1931: Erben-
gemeinschaftsgemeinschaft mit
Vorbehaltsgut der Frau
Stillingen, 14. Juli 1931.
Amtsgericht.

Gommer-Operette
im Städt. Konzerthaus
Sonntag, den 19. Juli 1931
Die Rose von Stambul
Operette von Leo Fall
Dirigent: Bilger
Regie: Reifner

Mitwirkende:
Löfer, Fehner, Jensen, Le-
derer, Schniger, Mader,
Ziegler, Gofert, Hellmuth,
Möhner, Kurr
Anfang 19^h. Ende 22^h.
Preise 1—4 RM.
Montag, den 20. Juli 1931
Ein Walzertraum
Operette von Oscar Strauß
Dirigent: Bilger
Regie: Reifner
Mitwirkende:
Löfer, Schniger, Jant, Zieg-
ler, S. Lindemann, Lederer,
Gertenstein, Jensen, E. Ri-
binus, Reifner, E. Lin-
demann
Anfang 20 Ende 22^h.
Preise 1—4 RM.
Di. 21. 7. Die Rose von
Stambul. Mi. 22. 7. Zum

erstermal: **Hoheit tanzt**
Balzer. Do. 23. 7. Ein
Walzertraum. Fr. 24. 7.
Hoheit tanzt Balzer. Sa.
25. 7. Die Rose von Stam-
bul. So. 26. 7. Hoheit
tanzt Balzer.

**Staats- und
Gemeindebehörden**
sind unsere Abonnenten.
Wollen Sie diese auf Ihre
Firma aufmerksam ma-
chen, so inserieren Sie
in dem offiziellen Organ
der bad. Regierung der

Karlsruher Zeitung
Badischer Staatsanzeiger

18. Juli bis
1. August

Schnellste Autozustellung der gekauften Waren. Benützen Sie unsere Sammelbücher. Solange Vorrat. Mengenabgabe vorbehalten. Nützen Sie für den Einkauf den Vormittag. Sie werden am schnellsten bedient!

SAISON

10% RABATT

10% RABATT

auf alle nicht inserierten Waren mit Ausnahme der Lebensmittel und weniger Markenartikel

Immer die größten Vorteile! Immer die billigsten Preise! Immer die reichste Auswahl!

DAMEN-KONFEKTION

Kleider

Kinderkleid dunkelblau, 1/2 Voile Hänger mit farbigem Passepol	30
Damenkleid (Backfisch), Baumwoll-Mousseline, klein gemustert	1.10
Damen-Sportkleid rose Wäschebatist	1.85
Frauenkleid Baumwoll-Mousseline bis Größe 52	3.90
Damen-Sportkleid reinseiden Toile gestreift	6.90
Damenkleid Kunstseiden-Voile, großblumig	9.50
Damenkleid Voll-Voile, neue Muster	5.90
Damenkleid uni, Kunstseiden-Marocain, kleiner Arm	12.75
Frauenkleid Wasch-Kunstseide kleiner Arm bis Größe 52	5.90
Completts Wasch-Kunstseide, kleine Dessins, Kleid und Jacke mit 1/2 Arm	7.90

Mäntel

Completts Voll-Voile, neue Muster, Kleid und Jacke	9.75
Damen-Mäntel kamelhaarartige Stoffe, kleine Größe	5.90
Damen-Mäntel schwarz Ottoman, und Plüschkragen, Länge 100	3.95
Damen-Mäntel Gummi mit Kunstseidenbezug, kariert u. gestreift bis Größe 50	9.75
Damen-Mäntel reinwollene, Gambia imprägniert	15.50
Damen-Mäntel 1/2 schwere Ware, dunkelblau Rips, blau Marengo, braun u. schwarz Velour, ganz auf Kunstseidenfutter	32.00
Kostüme Noppentweed, Jacke auf Kunstseide, blau und beige	22.50
Kostüme dunkelblau, Rips und Twil, 2 reinig und Smokingform	35.00
Bluse Waschbatist hochgeschlossen kleine schwarze Schleife	1.98
Bluse Trikot-Charmeuse hochgeschlossen langer Arm, kleine Bandschleife	2.75

Seidene Kleider, bunt Serie I 9.75 Serie II 12.- Serie III 18.50
Wollkleider Serie I 7.50 Serie II 9.75 Serie III 16.50
Woll-Completts Serie I 14.50 Serie II 18.50 Serie III 22.-
Seiden-Completts Serie I 8.90 Serie II 11.50 Serie III 19.50
Englische Mäntel Serie I 8.50 Serie II 12.- Serie III 18.50

Mäntel, blau und schwarz Serie I 18.50 Serie II 30.00 Serie III 40.-
Woll-Georgette-Mäntel Serie I 28.50 Serie II 35.- Serie III 50.-
Winter-Mäntel Serie I 25.- Serie II 35.- Serie III 40.-
Damen-Blusen Serie I 1.50 Serie II 4.50 Serie III 7.50
Kostüm-Röcke Serie I 1.50 Serie II 3.90 Serie III 4.50

Modell-Mäntel • Abend-Kleider • Completts • Kostüme
enorm reduziert! Da es sich nur um moderne Ware handelt, ist unser dies-jähriger Ausverkauf eine enorme Leistung an Qualität und Preiswürdigkeit!

Strümpfe

Ein Posten Damen-Strümpfe künstl. Waschseide, nur gute Qualität teils mit Fehlstellen, teils Respaare Paar jetzt nur	38
Ein Posten Damen-Strümpfe prima künstl. Waschseide, in neuest. Sommerfarben, fehlerfrei Paar jetzt nur	85

Ein Posten Herren-Socken mod. Jacquardmuster in sehr hübschen Dessins, solide Qualität. Paar jetzt nur

KARLSRUHE

STOFFE

Ca. 5000 Mtr. Waschkunstseiden bedruckt, moderne Dessins, hell u. dunkelgründig Serie I 45 Serie II 58 Serie III Pastellf. 68	
Bemberg-Wasch-K'Seide schöne Ausmüstg., dunkelgr. für Frauenkleider	1.25
Kunstseiden-Marocaine in apart. Pastellf., m. kl. mod. Effekten 100 cm	3.25
Kunstseiden-Marocaine dunkelgründig für Frauenkleider ca. 100cm	2.45
K'Seiden-Voile u. Georgette bedr., mod. Blumenmuster 100 cm	3.25 2.45

Ca. 2000 Mtr. bedr. Seidenstoffe Ia. Qual. in Crêpe de chine, Crêpe marocaine Crêpe Satin, Taifet, nur diesjährige Dessins ganz außergewöhnlich billig solange Vorrat	5.90 4.90 3.75
--	----------------

Japon-Foulard reine Seide, moderne Kleidermuster 90 cm	1.65
Ein Post. reins. Chiffongeorgette neueste Musterung, hochwertige Qualitäten, für Nachmittags- und Abendkleider 100 cm	4.50
Crêpe Marocaine reine Seide, gute Kleiderware, in großem Farbsortiment 100 cm	4.25

Baumwollwaren	
Baumwoll-Mousseline für Kleider Meter 48	28
Beiderwand einfarbig und gestreift, neue Muster Meter	44
Beiderwand mit Kunstseide, erster südd. Fabr. Meter	65
Schürzenstoff ca. 120 cm breit, gute Strapaz.-Qualität Meter	98
Haustuch für Bettücher 150 cm, gute westf. Ware Meter	1.35
Halbleinen für Unterbettücher prima Qualität, 150 cm breit Meter	1.65
Bettendamast gebülm, gute süddeutsche Qualität, Mako Meter	1.45

1 Posten reinwoll. Sportstoffe für Kleid. u. Blus., ohne Rücks. a. d. bish. Preis m	1.45
1 Posten reinw. Tweed u. Schotten für Sportkleider und Röcke	1.75
1 Posten Fantasie-Stoffe reine Wolle, i. apart. Dessins, f. Kleid., Pullover und Westen	2.25
1 Post. reinw. Tweed u. Schotten hochwertige Qualitäten, 100 cm breit	3.25
1 Posten Woll-Batist einfarbig, gute Qualität, in vielen Farben	1.25
1 Posten Natté reine Wolle „unsere Hausmarke“ i. gr. Farbsortiment m	1.45
1 Posten Kostümstoffe einfarbig, hochwert. Qualitäten ohne Unterschied des bisherigen Preises, 130 cm breit	4.75
1 Post. Mantel- u. Kostümstoffe reine Wolle, prima Qualität, in mod. Musterg., 130-140 cm breit Meter	5.60 4.50
1 Posten Woll-Mousseline erstklass. Fabrikate, neueste Druckmuster, enorme Auswahl Meter	1.65 1.45
1 Posten Voll-Voile 100 cm breit, in modernen Dessins Meter	1.25
Rohseiden bastfarbig ca. 125 cm 80 cm	2.45 1.65

Während des Saison-Ausverkaufs
bringen wir ca. 10000 Meter la. Ettlinger Weiß- und Buntwaren zu unerreicht billigen Preisen

Angebot I: Bettendamast gestreift, versch. Muster Meter 1,65

Angebot II: Ettlinger Sporttuch einfarbig, indanthren, für Sportkleider u. Kinder-Anzüge Meter 92

Angebot III: Mako-Zefir mod. Streifl. f. Herrenhemd, Mtr. 98

Angebot IV: Cretonne u. Linon für Oberbettücher, 150/160 cm Meter 1,05

Damen-Hüte

Damenhüte mod. Geflechte schöne Farben 1.75 1.25	75
Kinderhüte hübsche Formen und Farben 1.75 1.25	75

Ein Posten Waschstoff-Hüte, flotte Glocken-Flapperformen und Kap-pen 1.75 1.25

KARLSRUHE

Oberrheinische Treuhand A.-G.
Karlsruhe i. B.
Kaiser-Allee 5
Fernruf 4965

übernimmt die Einrichtung und die laufende Führung von Geschäftsbüchern für Industrie, Handel und Gewerbe.

Oberrheinische Treuhand A.-G.
Karlsruhe i. B.
Kaiser-Allee 5
Fernruf 4965

übernimmt die Bearbeitung von Steuer-sachen und die Vertretung bei den Finanz-ämtern.

Oberrheinische Treuhand A.-G.
Karlsruhe i. B.
Kaiser-Allee 5
Fernruf 4965

übernimmt die Mahnung säumiger Schuldner und den Einzug von Forderungen aller Art.

Oberrheinische Treuhand A.-G.
Karlsruhe i. B.
Kaiser-Allee 5
Fernruf 4965

verhütet Konkurse, übernimmt Sanierungen und Vergleiche in gerichtlicher und außergerichtlicher Durchführung.

Oberrheinische Treuhand A.-G.
Karlsruhe i. B.
Kaiser-Allee 5
Fernruf 4965

fertigt kaufmännische Gut-sichten bei Neugründungen und Umwandlungen. Strengste Verschwiegenheit zugesichert

Oberrheinische Treuhand A.-G.
Karlsruhe i. B.
Kaiser-Allee 5
Fernruf 4965

übernimmt Vermögens-Verwaltungen, die Ver-waltung von Häusern und Vertretung in General-versammlungen.

In unserem Schuhwarengeschäft, Herrenstr. 14 geben wir während des **Saison-Ausverkaufs** vom Samstag, den 18. Juli, bis einschl. Samstag, den 1. August **doppelte Gegenmarken!**

Wir empfehlen unseren verehrten Mitgliedern, diese außer-gewöhnliche Gelegenheit zur Deckung ihres Schuhbedarfs zu benützen. Warenabgabe nur an Mitglieder!

Lebensbedürfnisverein

Qualitäts-Möbel
Holz-Gutmann
Karlsruhe i. B.
Karlsruhe i. B.
Kaiser-Allee 5
Fernruf 4965

Das führende Haus für gediegene **Wohnungs-Einrichtungen**
Ständiges Lager:
ca. 200 Zimmer und Küchen

Saison-Ausverkauf
vom 18. Juli bis 1. August zu größtenteils **bedeutend ermäßigten Preisen**

Reformhaus NEUBERT
Karlstraße 29a

10% auf alle Waren!

DIE **BEILAGEN** DER **KARLSRUHER ZEITUNG** BADISCHER STAATSANZEIGER

Zentralhandelsregister für Baden
Badischer Zentralanzeiger für Beamte
Wissenschaft und Bildung
Badische Kultur und Geschichte
Badische Wohlfahrtsblätter
Amtliche Berichte des Bad. Landtags

machen sie zu einem viel-beachteten Insertionsorgan

Inserieren auch Sie
Sie werden bestimmt zufrieden sein